

**Damit aus Volksbegehren bindende Volksabstimmungen werden:
Unterstützen Sie das**

VOLKSBEGEHREN FÜR MEHR DIREKTE DEMOKRATIE!

Text des Volksbegehrens:

Wir – die unabhängige Initiative für mehr direkte Demokratie in Österreich - beantragen die Beschlussfassung eines Bundesgesetzes für die Verwirklichung der Bürgerrechte für alle Staatsbürger durch direkte Demokratie, mit den wichtigsten Bestimmungen wie folgt:

1. Bindende Volksabstimmung ab hunderttausend Unterschriften

Volksbegehren, die von mindestens hunderttausend Stimmberechtigten unterschrieben werden, müssen binnen sechs Monaten nach Einreichung der Unterschriften automatisch ohne weitere formale Hürden einer Volksabstimmung unterzogen werden, deren Mehrheits-Ergebnis für Parlament und Regierung bindend ist – so wie dies in der Schweiz schon seit vielen Jahrzehnten üblich ist und gut funktioniert.

2. Keine inhaltlichen Einschränkungen der Anliegen von Volksbegehren

Gegenstand von Volksbegehren und Volksabstimmungen können auch in Zukunft alle Anliegen bzw. Sachfragen ohne jede inhaltliche Einschränkung sein.

3. Freie Unterschriftensammlung

Unterschriften für Volksbegehren können frei gesammelt werden und müssen nicht wie bisher vor den Gemeindebehörden oder einem Notar geleistet werden. [Beglaubigung erfolgt nachträglich.]

4. Ehrliche Meinungsbildung

Bei allen Informationsmitteln, die von der öffentlichen Hand, das heißt aus Steuergeldern (mit)finanziert werden (Wahlparteien, große Zeitungen, Rundfunk, Fernsehen), müssen Befürworter und Gegner von Bürgeranliegen in gleichem Ausmaß zu Wort kommen.

Einladung zu Vortrag und Diskussion:

20. November 2003, 19 Uhr

Univ.-Doz. Dr. Peter Bußjäger

(Mitglied des Österreich-Konvents):

Österreich-Konvent: Eine Chance für mehr direkte Demokratie?

im Restaurant Gösser Bräu, 1010 Wien, Elisabethstraße 3

Univ.Prof. Dr. Hans Peter Aubauer neuer Sprecher des Volksbegehrens

Wir freuen uns, Ihnen den neuen Sprecher unseres Volksbegehrens, *Univ.-Prof. Dr. Hans-Peter Aubauer* an dieser Stelle vorstellen zu können. Außerdem bedanken wir uns bei Frau *Mag. Hemma Poledna*, die ihre Funktion im Rahmen des Volksbegehrens zurückgelegt hat. Sie möchte sich in Zukunft wieder ganz ihrer Familie und ihren Kindern widmen.



„Immer weniger können Bürger an politischen Entscheidungen mitwirken, die sie betreffen. Denn Wahlen entscheiden nichts mehr und ‚Volksentscheide‘ finden ausschließlich nach einseitigen Propagandakampagnen statt. Der Bürger wird dabei gezwungen, aufgrund irreführender Information zu entscheiden.

Die Politik delegiert ihre Verantwortung mehr und mehr an mächtige Interessengruppen, statt sie selbst gegenüber dem Bürger wahrzunehmen. Bürgernähe wird zunehmend als Populismus diffamiert. Der Staat und mit ihm die Demokratie werden abgeschafft, zugunsten öffentlich entpflichteter, hierarchisch organisierter und global operierender Wirtschaftsorganisationen. Dem kann nur eine Stärkung der direkten Demokratie begegnen.“ (*Univ.-Prof. Dr. Hans-Peter Aubauer*)



Bürgerbrief

Informationen der Initiative für mehr direkte Demokratie

ÖSTERREICH-KONVENT: EINE CHANCE FÜR MEHR DIREKTE DEMOKRATIE?

Die österreichische Verfassung wird neu geschrieben. Das betrifft uns alle. Als Bürger sind wir aufgefordert, uns damit zu befassen.

Im Rahmen des sogenannten Österreich-Konvents wurde Ende Juni dieses Jahres damit begonnen, die Bundesverfassung zu erneuern. Ende 2004 soll ein Entwurf vorliegen – eine knapp bemessene Frist. Hat man sich doch nichts weniger vorgenommen als „die Weichen für die Zukunft Österreichs neu zu stellen“, wie es Konventsvorsitzender *Dr. Franz Fiedler* in der konstituierenden Sitzung ausdrückte. Auch vor „revolutionären Veränderungen“ dürfe nicht zurückgeschreckt werden. Fix ist nur, dass die „Baugesetze“ der Verfassung erhalten bleiben sollen: das demokratische, das bundesstaatliche, das rechtsstaatliche Prinzip sowie das der republikanischen Staatsform.

Nach der Eröffnungssitzung am 30. Juni hat der Konvent bisher dreimal getagt. Die Sitzungen sind öffentlich, wörtliche Tonbandabschriften können unter der Internetadresse des Konvents abgerufen werden (www.konvent.gv.at). Die inhaltlichen Positionen zu den wichtigsten Bereichen werden derzeit in zehn Ausschüssen ausgearbeitet; die Ausschusssitzungen sind nicht öffentlich.

Was ist eine zeitgemäße Verfassung?

Die von *Hans Kelsen* erstellte und im Jahr 1920 in Kraft getretene österreichische Bundesverfassung hat ihre

Vorzüge, aber auch ihre Mängel: v. a. zu geringe Mitsprachemöglichkeiten für Bürger, Unübersichtlichkeit, Fehlen eines Grundrechte-Katalogs. Eine Anpassung an die Bedingungen und Erfordernisse des 21. Jahrhunderts ist also durchaus geboten. Der Konvent kann eine Chance sein für den Ausbau der Demokratie und damit für eine bessere Identifikation der Bürger mit dem wichtigsten staatlichen Regelwerk. Soll das Land durch eine Neuformulierung gewinnen, muss die Reform allerdings mehr sein als eine Anpassung an die EU-Vorgaben aus Brüssel. Gerade angesichts einer noch größer werdenden Europäischen Union müssen in Österreich Bürgerrechte und Eigenstaatlichkeit stärker gesetzlich abgesichert werden.

Subsidiarität und Demokratiereform

Im Zentrum der ersten drei Vollversammlungen des Österreich-Konvents standen eine Generaldebatte, der Beschluss der Geschäftsordnung sowie die Einrichtung von zehn Ausschüssen. Inhaltliche Schwerpunkte der Sitzungen bisher waren u.a. die Subsidiarität (Ausbau regionaler Entscheidungen), die Beteiligung der Bürger, die Grund- und Freiheitsrechte, die Stärke des Staates, finanzielle Einsparungen, Daseinsvorsorge und Verwaltungsvereinfachung.

Bürger müssen ihre Anliegen einbringen

Fachleute und Politiker im Konvent stehen vor keiner leichten, aber vor einer umso folgenswereren Auf-

gabe. Dass in der Geschäftsordnung des Konvents festgelegt wurde, die Sitzungen öffentlich abzuhalten, ist eine Aufforderung an alle Bürger, sich an der Debatte zu beteiligen. Die Diskussion ist eröffnet, bringen wir unsere Anliegen ein!

Der Österreich-Konvent im Internet:
www.konvent.gv.at

„Die Entwicklung der Demokratie in Österreich muss allgemein als schwach bezeichnet werden, insbesondere die direkte Demokratie. Kelsen, der ‚Vater der österreichischen Verfassung‘, hatte absolut kein Interesse an direkter Demokratie - im Gegenteil: Es wurden extra autokratische Elemente aus der Monarchie in der Verfassung beibehalten. Diese ergeben eine deutliche Übermacht des Staates gegenüber den Einflussmöglichkeiten der Bürger.“

Daraus leitet sich ein demokratisches Gebot für die Gegenwart ab: Die österreichische Verfassung muss in Richtung realer Demokratie weiterentwickelt werden.“

Univ.-Prof. Dr. G. Jagschitz, Präsentation des Volksbegehrens für mehr direkte Demokratie

(Adresskleber)

**Unterstützen Sie uns bitte auch mit Spenden!
 Unsere Weiterarbeit wird ausschließlich damit finanziert.
 Erste Bank, BLZ: 20 111, Kontonr.: 046 650 66**

Sponsoringpost Nr. 02Z034563 S
 Verlagspostamt 1100 Wien

Direkte Demokratie schon länger Thema!

Nützen wir die Demokratie, um sie zu erhalten!

Die Politiker haben nur uns als Volk, um es zu regieren, sie brauchen uns, sie können nicht ein neues wählen! Sie bleiben von uns doch auch abhängig. Zeigen wir ihnen unser trotz ihrer Nötigung hoffentlich gesund gebliebenes Herz und unser immer noch intaktes Hirn! Wenn das nicht reicht, zeigen wir die Zähne! Und wenn sie ihr Ziel endgültig erreichen und uns tatsächlich unterkriegen, dann ist es ja auch ihr Schaden, denn mit uns gehen sie ja selbst zugrunde. Dennoch leben wir immer noch in einer Demokratie: verhindern wir weiteren Demokratieabbau!

Univ.-Prof. Dr. E. Bader, Wien



Allgemein gesagt ist die Ausgestaltung der direkten Demokratie bei uns zu kleinlich und zu kleinkariert, um beim Volk anzukommen. Sie ist ein Konzept ohne Konsequenz. Eine neue Verfassung sollte sich hier an der Schweiz orientieren und auch den Bundesländern freie Hand bei der Gestaltung der direkten Demokratie lassen. Die Erneuerung der Demokratie soll mit der Erneuerung des Föderalismus Hand in Hand gehen.

Univ.-Prof. Dr. M. Welan, Wien

„Die Demokratie ist eine für Österreich noch sehr junge Errungenschaft, darüberhinaus ist eine prinzipielle Unterentwicklung der direkten Demokratie gegeben. Nach Ständestaat, Nationalsozialismus und der Besatzungszeit gibt es eine durchgehende Phase der Demokratie erst seit 1955. Und schon in diesem Jahr ist eine Art Parteiendiktatur installiert worden. Die Parteien haben sich den Staat aufgeteilt, Karriere war nur mit Parteizugehörigkeit möglich.“

Univ.-Prof. Dr. G. Jagschitz, Präsentation des Volksbegehrens für mehr direkte Demokratie

„Nicht nur von Gnaden des Parlaments...“ Stimmen aus dem Konvent zum zentralen Stellenwert einer Demokratiereform



„Meine Priorität ist sehr klar. Ich sehe in diesem Verfassungskonvent die einmalige Chance, das demokratische Prinzip, eines der Grundbausteine der Verfassung, mit noch mehr Leben zu erfüllen und hier noch Weiterentwicklungen zu erarbeiten.“ *(Mag. Renate Brauner, SP, Stadträtin Wien)*

„Soll das Volk weiterhin nur von Gnaden des Parlaments an der Gesetzgebung beteiligt werden?“ *(Univ.-Doz. Dr. Peter Bußjäger, VP, Landtagsdirektor Vorarlberg)*

„Zum einen plädiere ich für einen Ausbau der Partizipation der Bürger. ... Die demokratischen Instrumente, die Volksrechte, sollten im Sinne einer modernen, interaktiven, Repräsentation und Identität sinnvoll ausgleichenden Staatsorganisation gestärkt werden. Dies bezieht sich auf das Wahlrecht gleichermaßen wie auf die Instrumente der direkten Demokratie. Die Bürger sollten in beiden Bereichen mehr Einfluss grundsätzlich und gegenüber den politischen Parteien erhalten.“ *(Dr. Klaus Poier, Rechtswissenschaftler)*

„Viele Bürgerinnen und Bürger haben die letzten Jahre versucht, mitzugestalten über Volksbegehren, direkte Demokratie. Wir haben in dem Sinn keine ausgeprägte Form der Mitsprachemöglichkeit ... Und ich meine, direkte Mitsprache, direkte Demokratie effizienter zu machen, den BürgerInnen mehr Raum in der Verfassung zu geben, wäre auch eines der wichtigsten Anliegen für diesen Konvent.“ *(Dr. Eva Glawischnig, Grüne, Abgeordnete zum Nationalrat)*

„Die direkte Demokratie bleibt trotzdem zentrales Thema einer Verfassungsreform. Warum nicht die Möglichkeit eines Vetoreferendums ins Auge fassen? Warum nicht die Möglichkeit einer zwingenden Volksabstimmung über Volksbegehren, die von einer großen Zahl von Bürgerinnen und Bürgern unterstützt werden, vorsehen?“ *(Landtagsdirektor Univ.-Doz. Dr. Peter Bußjäger in: „Verfassungsreform – ja, aber welche?“ in: Forum Parlament Nr. 2/2003)*

„Wir haben damit umzugehen, dass viele Entwicklungen demokratischer Art noch keinen Niederschlag in der Verfassung gefunden haben.“ *(Dr. Peter Wittmann, SP, Abgeordneter zum Nationalrat)*

„Ganz wichtig erscheint mir der Ausbau der bis heute unzureichend entwickelten Institute der direkten Demokratie.“ *(Dr. Peter Böhm, FP, Bundesrat)*

Über die Initiative für mehr direkte Demokratie (PF 78, A-1108 Wien, Tel.: +43-676-777 46 87) können einzelne Sitzungsprotokolle des Österreich-Konvents auch über den Postweg bestellt werden.

www.direktedemokratie.at

Wozu eine Diskussion über Werte?

Wer sich mit Fragen der Demokratie und Mitbestimmung befasst, den wird auch nicht unberührt lassen, wenn er hört, die Jugend kümmere sich nur um ihr Vergnügen und sonst um nichts. Denn mit solchen Zeitgenossen ist nicht nur kein Staat, es ist auch keine direkte Demokratie zu machen. Diese braucht tatsächlich mehr: Bildung, ein Gefühl für den anderen und die Fähigkeit, über den eigenen Tellerrand zu blicken. Eine offene Diskussion über Werte für unsere Kinder und Jugendlichen ist also mehr als wünschenswert.

Selbstverwirklichung...

Hat die Jugend nun wirklich nur „Fun“ und „Ego“ im Sinn? Wenn ja, wie kommt es? Wer hat unsere Kinder so erzogen? Was ist zu tun? Was tut die Politik?

Die „Österreichische Jugend-Werte Studie“ aus dem Jahr 2000 zeigt interessante Tendenzen bezüglich der politischen Einstellung der Menschen zwischen 14 und 24 Jahren:

Traditionelle Politik wird abgelehnt. 53% geben an „kaum“ oder „gar kein“ Interesse für Politik zu haben - wobei unter „Politik“ vor allem Parteien und Parlament verstanden werden. Das Interesse an (basis-)demokratischen Aktivitäten ist dagegen höher. Immerhin geben 45% an, sich schon an Unterschriftensammlungen beteiligt zu haben.

... und Freude an Verantwortung...

Was heißt das für die Jugend und für die Politik? Der Wunsch nach aktiver Gestaltung und mehr Mitbestimmung ist offensichtlich vorhanden und muss auch ernst genommen werden. Doch wie kann das gehen: mitbestimmen ohne sich für die bestehenden politischen Verhältnisse zu interessieren? Klingt hier nicht doch etwas von dem durch: „Ich will schon sagen, was ich will, mir aber keine Mühe machen, mich damit zu beschäftigen, was andere schon überlegt haben? Aber: Bestehendes – auch wenn es noch so mangelhaft ist – wird durch simples Schlechtmachen nicht verbessert. Politisches Engagement braucht Interesse für die Sache, Sorgfalt und Ausdauer.

Weiters sagt die Jugend-Werte Studie, dass an der Spitze der Prioritäten gesellschaftlicher Ziele von Jugendlichen der Wunsch nach persönlicher

Entfaltung“ (78%) steht, dicht gefolgt vom Wunsch, „mehr Wert auf das Familienleben zu legen“ (73%). Kinder als Basis einer funktionierenden Lebensgemeinschaft haben allerdings rasant an Bedeutung verloren: 1990 sagten 49% der Befragten, Kinder seien wichtig, 2000 sind es nur mehr 27%, die das wichtig finden.

... ein Gegensatz?

Wie ist das nun zu erklären? Familie ist für Jugendliche einerseits ganz wichtig, zwar nicht ganz so wie Selbst-



verwirklichung bzw. „persönliche Entfaltung“ – Kinder haben andererseits gar nicht?

Ist Familienleben vielleicht auch zu einer Art Konsumware verkommen, die viele nur mehr in die eine Richtung – sagen wir als Nehmende – erstrebenswert empfinden? Nach dem Motto: Mir soll es schon gutgehen, aber dafür sorgen, dass es anderen gut geht, ist mir zu anstrengend.

Haben wir – jetzt Erwachsene - uns nicht auch so von „Zeitgeist“, „Medien“ und „Moden“ dirigieren lassen, daß wir mittlerweile glauben, dass zwischen Selbstverwirklichung und Freude an Verantwortung ein Gegensatz besteht?

Dann dürfen wir uns nicht über „unsere Jugendlichen“ wundern. Werte und Werthaltungen haben sie nicht aus sich heraus entwickelt, sondern von ihren Erziehern und Vorbildern gelernt. Was sie gut finden, wie sie ihr Leben gestalten und welche Entscheidungen

sie treffen, können wir nicht denen zum Vorwurf machen, die sich an uns orientiert haben.

Was das mit direkter Demokratie zu tun hat? Demokratie wird durch aktive Bürger verkörpert. Deshalb steht den demokratischen Rechten die Verantwortung gegenüber, die jeder einzelne wahrnehmen können muss. Um dazu in der Lage zu sein, braucht es bestimmte Grundlagen – auch Werthaltungen. Die Diskussion um Werte ist für Demokraten auch deshalb zentral, weil informierte, interessierte und sozial orientierte Menschen die Gesellschaft viel besser mitgestalten können.

Wo und wie kann ich das Volksbegehren unterschreiben?

Gehen Sie mit einem Lichtbildausweis und einer Unterstützungserklärung in Ihr Gemeindeamt (in Wien: in eines der Bezirksämter) und unterschreiben Sie dort vor dem Beamten (zu Hause unterschriebene Formulare sind ungültig!). In Wien wird Ihre Unterstützung vom Magistrat weitergeleitet, wenn Sie in den Bundesländern unterschreiben, senden Sie bitte selbst die amtlich bestätigte Unterstützungserklärung an die Adresse der „Initiative für mehr direkte Demokratie“ (PF 78, 1108 Wien).

Unterstützungserklärungen

Unterstützungserklärungen können jederzeit von unserer Homepage heruntergeladen oder bei einer der „Initiative für mehr direkte Demokratie“ angefordert werden. Wir schicken sie Ihnen rasch zu.

**Reden Sie mit!
Schreiben Sie uns
Ihre Meinung**

**[vb@direktedemokratie.at]
oder rufen Sie uns an!
[0676-777 46 87]**